

Der Deutsche Metallarbeiter

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beschriftung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 39

Duisburg, den 25. September 1926

27. Jahrgang

Unsere Betriebsvertreterwahlen 1926

Die Wahlen der Betriebsvertreter nach dem B.N.G. standen in diesem Jahre unter Auswirkung größter Betriebsstilllegungen, Betriebseinsparungen und Betriebszusammenfassungen. Die bekannte „Hebung der Betriebsdisziplin“ von oben, sowie Angst um die Arbeitsstelle und gewerkschaftliche Laune von unten zeitigten mehr oder weniger traurige Begleiterscheinungen bei dieser Wahl. Mit dem Rückgang der Betriebs- und Beschäftigungszahlen sind naturgemäß auch die Zahlen der Wahlen und der Vertreter zurückgegangen. Inzwischen sind weitere Betriebe wieder eröffnet worden. Diese und später folgende Wahlen konnten bei dieser Erhebung nicht mehr erfasst werden. Außerdem stehen noch manche Einzelberichte aus. Von den Verwaltungsstellen Eschweiler und Wielefeld ging überhaupt kein Bericht ein. Eine Reihe Belegschaften haben sich zu einer Betriebsvertreterwahl überhaupt nicht aufschwingen können, bzw. wo in Betrieben nur ein schwaches Organisationsverhältnis vorlag, glaubten Gewerkschaftler es ablehnen zu müssen, durch Vornahme der Wahl und Übernahme der Ämter für die Unorganisierten mit die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Hier wurden also diese bedeutsamen und für die Jetztzeit wichtigen Arbeitsrechte leider preisgegeben.

Wo jedoch unser Verband an diesen Wahlen teilnahm, hat er auch jetzt wie früher

eine gute Position

errungen. Ueberhaupt ist überall da, wo noch gewerkschaftliches Leben herrschte und ernstlich an diese Wahlen gegangen wurde, ein starker Eifer und eine so starke Beteiligung an der Aufstellung der Listen und noch mehr an den Wahlen selbst zu verzeichnen gewesen, wie in keinem der Vorjahre. Wahlbeteiligungen von 70, 80, ja 90 Prozent und in Einzelfällen bis 95 Prozent aller Wahlberechtigten, sind jedenfalls Seltenheiten. Sie wurden erzielt in der schwersten Zeit und sind guter Rückhalt für die gewählten Vertreter. Hier haben die Arbeiter erkannt, daß, wenn sie jetzt auf das Recht nicht verzichten wollen, dann ganze Arbeit geleistet werden müsse.

Wahlen in schlecht organisierten Betrieben.

Trostlos steht es demgegenüber in jenen Belegschaften aus, wo die gewerkschaftlichen Voraussetzungen für einen guten Ausgang der Wahl nicht gegeben waren. Vielfach kam überhaupt keine Vorschlagsliste zustande, oder die Wahlen bestanden nur in Haltheiten. Betriebsvertretungen, die nur von einem schwachen Teile der Belegschaften gewählt wurden, tragen trotz allem gesetzlichen Schutz ihre Haut für andere auf den Markt und sind gegenüber den Arbeitgebern einfluß- und machtlos. Mit der Wahl von Unorganisierten und Werkelisten, mit Pöstchenjägern und Schmeisern werden Belegschaften nur Laufen in den Pelz gesetzt. Der Sinn des Sprichworts: Ein einzig faules Ei verdorbt den ganzen Brei! gilt auch hier. Wo solche Gewächse mit dazwischen sitzen, da ist es auch mit dem unbedingt notwendigen Vertrauen der Betriebsvertreter unter sich, mit der Einigkeit und Geschlossenheit der Vertretung insgesamt aus. Auch charaktervolle Arbeitgeber und Betriebsbeamte können vor Belegschaften und Gewählten mit solcher Hundsdemut keinen Respekt haben. Diese Uebel, die den Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen, sowie dem Werksgemeinschaftsgefühle kurzfristiger Arbeitgeber entspringen sind, müssen daher in Zukunft stärker ausgerottet werden.

Umfang und Ausgang der Wahlen.

Die diesjährigen Erhebungen erstrecken sich auf 1291 Betriebs- bzw. Betriebsvertreterwahlen mit insgesamt rund 600 000 Arbeitern. Bei 258 dieser Fälle reichte unser Verband allein eine Vorschlagsliste ein bzw. er war als gewerkschaftliche Organisation allein in dem Betrieb vertreten. In 565 Fällen einigten sich alle im Betrieb vertretenen Gewerkschaftsrichtungen auf nur eine Vorschlagsliste. In diesen insgesamt 823 Fällen erübrigten sich also weitere Wahlen, da bei Aufstellung nur einer Vorschlagsliste deren Kandidaten als „gewählt“ gelten. Tatsächliche Stimmzettelnwahlen fanden nur 458 statt. Hierbei erhielt unser Verband allein 61 063 Stimmen.

Betriebsvertreter erhielten: Christlicher Metallarbeiterverband 2462, sonstige christliche Berufsverbände 143, sozialistische Verbände 3444 und der H.D. Gewerksverein 262. Die Kommunisten, die im Vorjahre noch 239 Vertreter erhielten, kamen in diesem Jahre auf 102. Der größte Teil dieser Stimmen und Vertreter ist wieder auf die sozialistischen Verbände zurückgegangen, wogegen der radikalere Teil noch weiter nach links zu den Syndikalisten oder Anarchosyndikalisten glitt. Von den 109 Vertretern will mehr als die Hälfte auch vom Kommunismus nichts mehr wissen, sie gehören den letzteren Richtungen an. Auch diese wollen — wie scharfmacherische Arbeitgeber durch den Werkvereinsgedanken — ihre Tätigkeit nur auf den einzelnen Betrieb beschränken, nur mit dem Unterschied, um ihn nach Strich und Faden durch „direkte Aktionen“ für sich auszupeinern. Unorganisierte und „Selbe“ haben nur mehr noch 88 Sitze gegenüber 157 im Vorjahre erhalten. Die Gesandung ist also gut auf dem Marsche, sie muß allwärts einsehen!

Von den Betriebsvertretern unseres Verbandes gehören 237 Betriebsausschüssen an, 538 sind Vorstände, 373 Schriftführer von Betriebsvertretungen. Freigestellt, d. h. von der Berufsarbeit ganz entbunden, sind 14, teilweise mit Tagen oder Stunden 136. Wir zählen 69 weibliche Betriebsvertreter. Von unseren Betriebsratsmitgliedern gehören den Aufsichtsräten 44 als Vertreter und 30 als Stellvertreter an. Die Amtsdauer unserer Vertreter ist folgende: 501 zwei Jahre, 339 drei Jahre, 263 vier Jahre, 247 fünf Jahre und 272 sechs Jahre. Das beweist ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen Mitgliedern, Vertretern und Verband.

Sonderfälle.

Aus einigen Verwaltungsstellen wird berichtet, daß in manchen Betrieben entweder die alte Betriebsvertretung weiter im Amte bliebe oder „wieder ernannt“ worden sei, oder es sei mit Arbeitgebern vereinbart worden, ihre Amtsdauer auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Dieses alles geschieht aus dem Unmut heraus, daß die gesetzliche Amtsdauer der Betriebsvertreter nur ein Jahr beträgt und somit die Neuwahl jedes Jahr vorgenommen werden muß. Das Beginnen ist aber falsch und kann sehr gefährlich für die Vertreter und Belegschaften werden, denn diesen Amtsverlängerungen fehlt die Gesetzeskraft und der gesetzliche Schutz. Ordnungsgemäße Neuwahlen müssen deshalb sofort überall nachgeholt werden; auch da, wo Arbeitgeber mit der Amtsverlängerung einverstanden waren.

Mehrere Berichte erheben auch wieder Besorgnis über Mängel in sozialistischer Wahlvorstände beim Auszählen der abgegebenen Stimmen. So sind z. B. in verschiedenen Betrieben und Orten neben den christlichen Gewerkschaftlern auch noch viele Mitglieder katholischer Arbeitervereine beschäftigt. Diese haben den Weg zu den christlichen Gewerkschaften noch nicht wiedergefunden, sitzen aber ihr Wahlrecht aus und ihre Zahl fiel für den Ausgang der Wahl wesentlich ins Gewicht. Leider stellte sich aber heraus, daß diese Stimmen nicht zu unseren Listen gezählt worden seien. Auf Befragen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses äußerten sich die Arbeitervereiner dahingehend, daß sie selbstverständlich nicht die sozialistischen, sondern die christlichen Listen gewählt hätten. Auch manche Geheimtuerer solcher Wahlvorstände läßt auf Mangel schließen. Für kommende Wahlen wird diese Lehre ebenfalls stärker und allgemeiner zu beachten sein.

Interessant ist auch die Beobachtung, daß nach Betriebsvertreterwahlen Unorganisierte glauben, sie hätten, nachdem sie eine Gewerkschaftsliste gewählt haben, nunmehr genug getan und sind solche im Stellen von Ansprüchen an Betriebsvertreter oft keineswegs bescheiden. Gewiss ist eine starke Stimmzettelnstüke für Betriebsvertreter gut, aber die ausschlaggebende Stütze, Befähigung und Hilfe, sind für sie doch starke organisierte Belegschaften sowie starke und leistungsfähige Gewerkschaften. Nach den Betriebsvertreterwahlen und als Voraussetzung dort, wo sie noch vorgenommen werden sollten, ist deshalb erforderlich eine neue gewerkschaftliche Werbetätigkeit, damit allwärts unser Betriebsratswesen seine Erwartungen erfüllen kann! W. M.

Interesse selbst. Das „Opfer“ des gewerkschaftlichen Beitrages macht sich also bezahlt, und zwar in dem Maße bezahlt, wie es gelingt, das gewerkschaftliche Interesse der Arbeiter zu wecken und zu steigern. Schon allein diese Ueberlegung sollte uns zu einer lebhaften Entfaltung unserer Werbekraft führen. Statt dessen sehen wir auf diesem Gebiete auch heute noch reichlich Unselbständigkeit und eine Zurückhaltung, die unmerklich scheint angesichts der deutlichen Sprache, in der die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen sprechen. Es gibt viele Ortsgruppen auch in unserem Verbande, die alles Mögliche vom Verband verlangen, auch mit Kritik rasch bei der Hand sind. Sie sehen das gewaltige Aufgabengebiet der Organisation zwar recht deutlich, aber in der wichtigsten Frage, zunächst einmal durch intensive Werbearbeit die Voraussetzungen für den Erfolg zu schaffen, verlagert man leider allzu oft. Es soll sogar Ortsgruppen geben, die im ganzen Jahr noch kein einziges Mitglied dem Verbande zugeführt haben. Eine solche Tatsache spricht Bände bezüglich des dort herrschenden gewerkschaftlichen Lebens. Da braucht man sich nicht zu wundern über den geringen Einfluß der Arbeiterschaft. Mit einem solchen Geist müssen wir brechen, ganz radikal brechen. Da, wo nicht für den Verband agitiert wird, geschieht auch fast regelmäßig nichts auf dem Gebiet der Wahrnehmung und Vertretung der Arbeiterinteressen. Lebendige Naturen, die für den Verband und seine Stärkung sich einsetzen, wissen auch ihre Organisation als Mittel für den Aufstieg der Arbeiter zu nutzen.

Besonders heute ist die Gleichgültigkeit in agitatorischer Hinsicht weniger angebracht wie je. Die Wirtschaftskrise hat sich als eine Quelle ständiger Bedrohung der Arbeiterinteressen deutlich erwiesen. Die Unternehmer haben sie als vorzügliches Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterschaft nicht nur erkannt, sondern auch ohne Skrupel ausgenützt. Fast drei Jahre hindurch steht die Arbeiterschaft unter einem starken Drucke, und jeder Tag bringt neue Beweise des antisozialen Geistes im deutschen Unternehmertum in Hülle und Fülle. Gerade in der heutigen kritischen Zeit also sollte die Arbeiterschaft um so fester zum Verband stehen. Es ist sehr leicht, durch eigene Gleichgültigkeit erreichte Erfolge wieder zu verlieren, aber umgekehrt schwerer, das Verlorene wieder zurückzuerobern. Werbearbeit ist in dem Sinne sicher als Akt ausschauender Klugheit in der Arbeiterschaft zu werten. Um so größer ist der Schutz, den der Verband in alle Lagen dem Arbeiter gewähren kann, je mehr wir durch Werbearbeit seinen Einfluß und seine Bedeutung stärken.

Werbearbeit ist aber auch Ausdruck der Liebe zu unserem Stande. Wer eine solche Liebe nicht in sich trägt, ist nicht wert, daß er dem Arbeiterstande angehört. Und diesen unseren Stand sehen wir in vielfacher Not. Groß ist die wirtschaftliche Not, die auf ihm lastet. Gerade die Arbeiterschaft ist von den heutigen sozialen Zuständen am meisten betroffen. Die materielle und auch seelische Not der Arbeitslosigkeit bebrängt sie. Dem schaffenden Arbeiter mißgönnt man den gerechten Lohn. Er soll möglichst billig arbeiten. Lohnabbaubestrebungen und Affordreduzierungen gehören zu den täglichen Erscheinungen. Unzureichender Lohn und unzureichende Lebenshaltung sind Gefährten, und so sehen wir Arbeiter und Arbeiterkinder von trostlos gesundheitlichen Schädigungen bedroht, sehen wir sie auch mehr wie irgendeinen anderen Stand betroffen von den furchtbaren Wirkungen des heutigen Wohnungselends. Daneben kommt die seelische Not in Betracht. Die unwürdige Behandlung, die Ueberheblichkeit des kapitalistischen Geistes, die Zurücksetzung und Mißachtung der Arbeit und ihrer Träger ist Zeiterscheinung trotz aller gleichförmigen Lobreden auf die Arbeit. Solche Zurücksetzung muß den Menschen um so mehr quälen, je empfindsamer und beweglicher sein Innenleben ist. Haben wir nicht als Angehörige dieses Standes zuerst die Pflicht, ihm aus dieser Not Wege zu bahnen. Dazu muß unsere Liebe zum Stande uns drängen. Wir wissen, es gibt nur ein Mittel dafür, und das ist die organisierte Selbsthilfe. Sie möglichst wirksam zu gestalten und durch Stärkung des Verbandes, durch Werbearbeit für den Verband seinen Einfluß zu steigern und das Tempo unseres Aufstiegs zu beschleunigen, gebietet also die Liebe zu unserem so schwer ringenden Stande.

Werbearbeit ist Kennzeichen innerlich überzeugter und lebendiger Naturen. Wir wissen, daß ein starker Verband der Arbeiterschaft eine würdigere, besser Position schafft. Weil wir das wissen, werden wir, von dieser Ueberzeugung getrieben, für den Gedanken des solidarischen Zusammenstehens. Und dann auch, weil wir lebendige, bewegliche Naturen sind. Unsere Zeit braucht solche Menschen. Schlafmüdigkeit, Stupidität, gleichgültig in den Tag hinein leben ist Schande, darf nie in unserem Verband heimisch werden.

In voller Erkenntnis des Ernstes der Stunde wenden wir uns an alle Mitglieder unseres Verbandes mit der Aufforderung, die kommende Zeit zu unablässiger, intensiver Werbearbeit zu benutzen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß diese Aufforderung auch allseits befolgt wird. Keine einzige Gruppe darf dabei versagen. Das verlangt das Interesse der Arbeiter selbst.

Es gilt die Mobilmachung der christlichen Metallarbeiter für den Gewerkschaftsgedanken. Es gilt nun, Wege zu bereiten für den Aufstieg unseres Standes und eine bessere Zukunft desselben durch Stärkung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Auf nun ans Werk!

Mobilmachung der Arbeiter für die Organisation

Das Ausmaß des Erfolges unserer gewerkschaftlichen Arbeit hängt in beträchtlichem Maße von der inneren und äußeren Stärke der gewerkschaftlichen Organisation ab. Das ist eine Binsenwahrheit, die auch nicht durch die Tatsache erschüttert wird, daß auch die Wirtschaftslage von großem Einfluß auf den gewerkschaftlichen Erfolg ist. Selbst in Krisenzeiten vermag eine gut organisierte Arbeiterschaft noch insofern große Erfolge zu erzielen, als sie energiegeloste Fortschritte zu halten, Verschlechterungen abzu-

mehren und aufständigere Behandlung der Arbeiter zu erzielen in der Lage ist. Die Bedeutung des gewerkschaftlichen Einflusses hat uns die gegenwärtige Wirtschaftskrise sehr klar vor Augen geführt. Ueberall dort, wo die Arbeiterschaft in größerer Zahl zu den Gewerkschaften sich bekannte, konnte Tarif und Urlaub gehalten und manche geplanten Verschlechterungen abgewehrt werden, während dies an anderen Orten mit schwächerer Organisation nicht möglich war. Die größere Treue zur Organisation findet also auch in Zeiten der Wirtschaftskrise ihre Belohnung, gewerkschaftliche Gleichgültigkeit ihre empfindliche Strafe durch Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Position der Arbeiter. Ganz kraft egoistisch gesehen, müssen sich die Arbeiter durch gewerkschaftliches

Systematische Arbeit bringt Erfolg

Christliche Gewerkschaften und katholische Arbeitsvereine kämpfen in treuer Wehrbereitschaft für die sittlich-kulturelle und soziale Hebung des Arbeiterstandes.

Im Monat Juni wurden von 28 Vertrauensleuten 190 Nichtorganisierte aufgesucht. 5 Neuaufnahmen, 2 Uebertritte und 79 Wiedergewonnene waren der Erfolg.

Im Monat Juli wurden von 18 Vertrauensleuten 92 Nichtorganisierte aufgesucht. 8 Neuaufnahmen und 45 Wiedergewonnene konnten als Erfolg gebucht werden.

Im Monat August wurden von 49 Vertrauensleuten 210 Unorganisierte aufgesucht. 22 Neuaufnahmen, 2 Uebertritte und 51 Wiedergewonnene waren der Erfolg der Hausagitation.

Also an diesen Agitationssonntagen wurden 492 Nichtorganisierte von 85 Vertrauensleuten aufgesucht. 33 Neuaufnahmen, 4 Uebertritte und 175 Wiedergewonnene konnten als Erfolg gebucht werden.

Interessant ist auch die Statistik betr. dieser gewonnenen neuen Mitglieder, wie sie sich auf die einzelnen Branchen verteilen.

Es waren 56 Hüttenarbeiter, 16 Arbeiter im B.-L.-Bau und Eisenkonstruktionswerkstätten, 38 in Feldbahn- und Weichenbau Beschäftigte, 26 in Maschinenfabriken, 38 in Kleinbetrieben und 74 Erwerbslose.

Daraus ist ersichtlich, daß durch die Hausagitation nicht nur die in Arbeit stehenden Kollegen der Organisation zugeführt werden können, sondern auch die Erwerbslosen. Gemeinsam müssen die im Betrieb sich befindlichen Arbeitskollegen mit den Erwerbslosen innerhalb der Organisation der gemeinsamen Besserstellung der Metallarbeiterschaft sich betätigen.

Glück auf! zur weiteren Gewinnung neuer Mitglieder in dem Gedanken

Vereinte Kraft Großes schafft!

Reichstagung der christlichen Gewerkschaftsjugend

Die Industriemetropole Essen hallte am 5. September wider von Trommelschlag, Pfeifenklang, Lautenschlag und Gesang. Die christliche Gewerkschaftsjugend hatte ihren Tag.

Nach Festgottesdiensten beider Konfessionen sammelten sich mehr als 1000 Jungmänner im Städtischen Saalbau zu einer überaus eindrucksvollen Kundgebung. Orgelspiel und Gesang des rühmlichst bekannten Metallarbeiterchores leiteten die Kundgebung ein.

Landesleiter K a i s e r, Köln, rief in der Hauptrede die Jugend zu hoher Begeisterung und stürmischen Weisfall hin. Er führte u. a. aus: „Jänner reißt wahrer Fortschritt nur daraus, daß das Gute und Wertvolle der Handlungen und Erfahrungen einer früheren Zeit vom jungen Geschlecht aufgezogen und schöpferisch

unter Ausschleudung überholter Anschauungen weiter gestaltet werden. Man hat in der jüngsten Zeit die Notwendigkeit des christlichen Charakters der Bewegung in Zweifel gezogen. Es ist erstaunlich gewesen, daß solche Stimmen gerade auch in der konfessionellen Jugendbewegung laut geworden sind.

Der Generalsekretär der christl. Gewerkschaften, D t t e, Berlin, hielt die Schlußansprache, die in der Forberung ausklang, einen hochgeschätzten Idealismus mit einem klarblühenden Realismus zu vereinen.

Ein Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung und das Deutschlandlied brausten mächtig durch die weiten Hallen des Saalbaues, als sich die Jugend hier trennte.

Nachmittags trafen sich die Teilnehmer bei frohem Spiel im Essener Waldtheater, bis die Gruppen bei klingendem Spiel heimwärts zogen.

„Um unsere jungen Stirnen glüht der Zukunft Morgenrot.“

Am Montag, den 6. September, trafen sich die Vertreter der Jugendgruppen zu ersten Beratungen wieder im Saalbau. Die sehr rege Aussprache zeigte, daß die christlichen Gewerkschaften um ihre Zukunft nicht bangen brauchen.

Wilt Kunde und Gewehr

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ kann sich nicht genug tun in ihrer „Entrüstung“ über die erwerbslosen Arbeiter, die viel lieber faulenzeln, als in der Landwirtschaft tätig zu sein.

„Dem Dominikschmied F. auf dem Dominium H. R. S. in Oberklesien wurde im Juni gekündigt. F. konnte bis zum Kündigungsstermin keine andere Stelle finden und blieb somit über den 1. Juli hinaus in der bisherigen Werkwohnung wohnen.“

Die beiden Assistenten schlugen die Fenster ein, drangen in die Wohnung, öffneten die Tür und bedrohten F. mit Gewehr und Revolver. Schließlich schlug der Inspektor mit einem Gummihüpfel mit Bleikugel solange auf F. ein, der auch angeschossen wurde, bis dieser bewußtlos zusammenbrach!

Wier Mann, die die Möbel entfernen sollten, verweigerten das. (Ganz mit Recht. Die Schriftleitung.) Die Staatsanwaltschaft verfolgt die Angelegenheit.

Wie wir nachträglich erfahren, hat der Arbeitgeber inzwischen die beiden Assistenten entlassen und dem Inspektor gekündigt. Das bestätigt neuerdings unsere wiederholten Behauptungen, daß weniger die Arbeitgeber selbst, als vielmehr die Wirtschaftsbeamten sich schwerer Mißhandlungen der Arbeitererschaft schuldig machen.

Erwähnenswert erscheint uns die Tatsache, daß der Inspektor ehemaliger preussischer Offizier ist und sich angeblich darauf viel einbildet. Angesichts dessen wäre doch die bescheidene Frage ange-

bracht, ob sich seine Offizierskameraden in Anbetracht seiner oben erwähnten Taten auch etwas auf ihn einbilden. Wenn solche Menschen erst noch nationale Vereinigungen angehören, dann muß schon dadurch der nationale Gedanke geschwächt und die Arbeitererschaft verbittert werden.

Die in letzter Zeit sich häufenden Fälle von Mißhandlungen der Landarbeiterschaft sind eine Kulturkatastrophe! Gegen sie anzukämpfen ist um so mehr unsere Pflicht, als andere Kreise und die Behörden schweigen!

Vielleicht hat die Bergwerkszeitung soviel rechtliches Empfinden, wenn sie wieder einmal Umwandlungen zur Abfanzung der erwerbslosen Arbeiter hat, dabei gleichzeitig auf solche Zustände hinzuweisen. Aber das würde schlecht in ihren Kram passen.

Rundschau

Dem Arbeiterstand ist Heil widerfahren

Innerhalb des letzten Jahres ist sehr viel von Einheitsgewerkschaften geredet und geschrieben worden. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß die Forberer von Einheitsgewerkschaften solche waren, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehörten.

Dann kommt der Arbeiterstand aus dem Dorfe Mendon im Siegfried eine neue Volkshaus. An den Werken in Troisdorf und Siegburg wurde ein Aufruf verteilt, der wie folgt beginnt:

„Wachet auf! Eure langersehnte Stunde ist gekommen. Es dämmert, die Rettung naht. Blickt auf! Die Wärfel sind gefallen, eine geheure Macht regt sich, um euch aus der kritischen Lage zu befreien, ein besseres Dasein zu verschaffen und einen wohlverdienten sonstigen Lebensabend zu bereiten.“

Es wird dann gepriesen, was dieser Einheitsverband „Eintracht“ alles will, nur liest man nichts von einem Eintreten für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dafür wird aber um so kräftiger auf die Gewerkschaften geschimpft.

Der Aufruf schließt: „Deutsche Kollegen und Kolleginnen wachet auf, die Schicksalsstunde schlägt, es handelt sich um Sein und Nichtsein. Hilfsbereit reicht euch die „Eintracht“ zu eurem künftigen Wohlergehen die Hand und mahnt zur Einigkeit.“

So viel Phrasen kurz zusammengefaßt, sind einem bis heute kaum zu Gesicht gekommen. Welcher Arbeitgeber oder Selber mag wohl hinter diesem Manne aus der „Arbeitermittel“ stehen. Jeder ehrlich und aufrichtig denkende Arbeiter weiß, daß nur eine geschlossene starke Gewerkschaftsbewegung den Rettunganker der Arbeiter darstellt.

Und ein offenes Wort

Der Herausgeber der „Flammenspeichen“ (Schlesische Wärfel für deutsche Volksgemeinschaft und nationale Wiedergeburt), Dr. Hans Krause, nimmt unter der Ueberschrift „Ein offenes Wort“ Stellung zu der Frage: Gibt es eigentlich noch eine nationale „Bewegung“?

Aus dem Reiche der Technik

Rosffreier Stahl in Rußland?

Russischen Zeitungsmeldungen zufolge hat der Leningrader Professor Dschamitow das Geheimnis der Herstellung des rosffreien Stahls entdeckt. Die Herstellung dieses Stahles war bisher ein Geheimnis der Krupp'schen Werke, die den gesamten Weltmarkt mit dem betreffenden Stahl beliefern.

Bau elektrischer Lokomotiven in Japan

Die Bemühungen Japans, sich vom Auslande unabhängig zu machen, haben einen weiteren Schritt vorwärts getan, der die Entwicklung der japanischen Industrie wohl zu zeigen in der Lage ist. Die „Kansai-Schiffswerft“ hat nunmehr auch den Bau von elektrischen Lokomotiven aufgenommen, die für die japanischen Staatsbahnen bestimmt sind.

Elektrische Beleuchtung in China

Die „Chinesische Eisenbahnen“ hat beschlossen, in dreizehn verschiedenen Städten elektrische Zentralen zu bauen, die ausschließlich Energie für elektrische

Beleuchtung erzeugen sollen. Das Bauprogramm ist auf drei Jahre berechnet, und zwar sollen im ersten Jahre zwei Anlagen in Anta und Eiseng errichtet werden, während in den beiden nächsten Jahren dann die übrigen Städte folgen sollen.

Der Zinnbergbau in Südwestafrika

Der schon deutschereits vor dem Kriege am Fuße der Congoberge begonnen worden war, soll jetzt von den Engländern in verstärktem Maße betrieben werden. Des etwa 50 Kilometer lang reichende Marokommen liefert ein ziemlich reines Erz, dessen Wert sich auf etwa 250 Pfund Sterling für die Tonne beläuft.

Konstruktion im Geldschrantbau

Die Minimax-Allgemeinbau-Gesellschaft hat kürzlich in ihrer Versuchsanstalt in Berlin-Neukölln dem Eisenbahnbauern des Berliner Polizeipräsidiums einen neuen Geldschrant vorgeführt, an dem mehrere Vorteile, die mit den neuesten und schwersten Eisenwerkzeugen angeschlossen waren, drei Stunden mühseligen Arbeit ersparten.

Verfilbertes Eisen

In der Metallwarenfabrikation findet das Eisen meist in der Form des Eisenbleches Verwendung; es erfordert aber hier natürlich eine geeignete Oberflächenbehandlung, die sich in der Regel als eine Veredelung des Eisenbleches kennzeichnet. Es gibt unzählige Verfahren, das Eisen zu beizen, zu färben und zu mattieren, um die mannigfaltigsten dekorativen Effekte hervorzurufen, und jedes Jahr bringt Fortschritte dieser Art.

tief beklagt, daß, obwohl die Mehrzahl der Mitglieder der nationalen Verbände Arbeiter sind, diese aus Neutralitäts- und anderen Gründen die so notwendige gewerkschaftliche Heimstätte bisher nicht gefunden haben, dann liegt dieses gewiß nicht an den christlich-nationalen Gewerkschaften. Mit Recht hebt er hervor, daß die in den nationalen Verbänden oder „Kampfbünden“ gesammelten Arbeitnehmercharaktere eine selbständige gewerkschaftliche Interessenvertretung brauchen. Es muß nur noch hinzugefügt werden, daß sonst diese Arbeiter und Angestellten, auf die Dauer gesehen, sicherlich wieder den radikalen linksstehenden Gewerkschaftsverbänden anheimfallen müssen. Der Kampf um diese nationalen Arbeiter wird deshalb nicht entschieden in den „Kampfbünden“, sondern auf den Arbeitsstätten. Hier wird ganz anders um das einzelne Mitglied, ja um die Seele des einzelnen Arbeiters durch die christlich-nationale Gewerkschaft im Stillen, aber um so schärferen Kampf gegen die radikale Richtung gerungen. Gewerkschaften „macht“ und „sieht“ man auch nicht einfach auf. Dazu gehören große Erfahrungen der Führer, Geldopfer großen Ausmaßes und eine tief gegründete Erziehungsarbeit, die sich über Jahrzehnte erstreckt.

Der echte nationale Gedanke, von dem die Geschäftsmacher und fatten Speichhändler nichts wissen wollen, ist aufs engste verbunden mit der christlichen und sozialen Auffassung.

Die christlich-nationalen Gewerkschaften bzw. der Deutsche Gewerkschaftsbund stehen nach wie vor fest auf diesem Boden. Die Lere für die national gekündeten Arbeiter, Angestellten und Beamten stehen im Deutschen Gewerkschaftsbund weit auf. Hier wird nicht nach der Parteirichtung und nach der Konfession gefragt, es wird auch keine Parteipolitik oder Religionsmengenerei betrieben, wer bemüht auf nationalem und christlichem Boden steht, ist willkommen zur Mitarbeit an der Standeshebung und am Wohl des Gesamtvolkes. Dr. Krause unterläßt nicht, ganz offensichtlich die gewerkschaftlichen Berufsverbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wenn er sie nicht für kraftvoll und stark genug hält. Die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung ist neben der sozialdemokratisch-kommunistischen die an Zahl größte gewerkschaftliche Organisation Deutschlands. An Ideeninhalt steht sie zweifellos über der radikalen Bewegung. Glaube man denn, durch die Wehrverbände in absehbarer Zeit vielleicht eine zweite nationale Gewerkschaftsbewegung - eben dem Deutschen Gewerkschaftsbund mit seinen 1,5 Millionen Mitgliedern mit einem anderen gewerkschaftlichen Programm „anzuflehen“ und eine bessere Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik zu erziehen zu können, als dieser? Doch wohl kaum. Gewerkschaftlicher Dilettantismus würde übrigens geradezu zum Verhängnis für die in den Kampfbünden befindliche Arbeiterschaft und für die Wehrverbände selbst werden. Die „selbst“ oder „wirtschaftsfeindliche“ Bewegung, die sich mit hochklingenden vaterländischen Namen umkleidet, ist keine Gewerkschaftsbewegung und will auch keine sein. Der Werbegemeinschaftsgegenstand und die allerengste Verbindung mit dem Unternehmertum geben keine ausreichende und wirklich tragende Idee für eine ernsthafte Standesvertretung ab. Das wird auch besonders im gegenwärtigen Augenblick der Durchführung der Nationalisierung, wo Millionen Arbeitnehmer, darunter die ältesten und treuesten Angestellten und Arbeiter, aufs Pflaster fliegen und zu einem großen Teil nicht wieder eingestellt werden, klar von den Unternehmern durch die Praxis vordemonstriert. Der christlich-nationale Berufsgedanke und die zentrale Organisationsform geben allein die geeignete gedankliche Grundlage und die durchschlagende Kraft zur Verwirklichung der gesunden gewerkschaftlichen Idee. Das ist doch seit einem Vierteljahrhundert längst bekannt und erprobt. Man lasse sich nicht durch hochklingende Worte über die nackte Wirklichkeit der täglichen Notwendigkeiten auf sozialem, wirtschaftlichem und lohnpolitischem Gebiet hinwegtäuschen. Wenn schon der fellverbreitete Vorhang des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Frostein, in einem großen Pastorkursus der Evangelisch-sozialen Schule im vorigen Winter in Spanbau erklärt, daß er die Gewerkschaften für unabdingbar notwendig erachtet, schon allein „um der Verelendung der Arbeiterschaft vorzubeugen“, dann sollte man eigentlich bald auf allen Seiten Klarheit sehen. Bleibt noch zu sagen, daß auch alle namhaften nationalen Arbeitnehmerverbänden selbstverständlich Mitglieder der christlich-nationalen Gewerkschaften sind.

Man kann daher den nationalen Verbänden nur zuzurufen: Laßt jeden noch so gut gemeinten gewerkschaftlichen Dilettantismus beiseite; geht nicht zur Fogenahme „wirtschaftsfeindliche Bewegung“, die selbst in sich vielfach zerfällt, sondern geht euren Arbeitnehmermitgliedern eine aufrechte und echte nationale Standesvertretung, indem ihr sie den seit einem Vierteljahrhundert bewährten Berufsverbänden, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, zuführt, dann handelt ihr ethisch und im besten Sinne national.

J. Volkmar.

Sozialpolitik

Uebertriebene Angst vor Simulation

Die große Arbeitslosigkeit hat es mit sich gebracht, daß die Krankenkassen in vielen Fällen in Anspruch genommen werden, wo es nicht unbedingt notwendig ist. Daß sich die Krankenkassen gegen unberechtigte Ausnutzung schützen, ist nicht nur leicht verständlich, sondern Pflicht der Vorstände und Leiter. Es darf aber nicht dahin führen, daß wirklich Kranke unnötig vor den „Vertrauensarzt“ geführt werden, um sich einer Nachuntersuchung zu unterziehen, wo sie dann in manchen Fällen, obwohl noch krank, gesund geschrieben werden.

Nachfolgend geschilderter Fall zeigt, wie es nicht gemacht werden darf, wenn nicht das Vertrauen zu den Ärzten ganz erschüttert werden soll. Ein Arbeiter, der jahrzehntlang treu seiner Pflicht als Kassennmitglied nachgekommen ist und dem jegliche Veranlassung zum Simulanten fehlt, schildert seinen Leidensweg wie folgt:

Am 2. 11. 1925 erkrankte ich an Blinddarmentzündung. In der Nacht vom 10. auf den 11. November bekam ich große Schmerzen und wurde morgens 3,30 Uhr mittels Krankenautos zum Krankenhaus gebracht. Bei der Untersuchung wurde Nierenkolik und Nierenentzündung festgestellt. Im Krankenhaus wurde ich bis zum 19. 12. behandelt und dann als nicht arbeitsfähig entlassen. Es war mir Schonung verordnet und ich befand mich noch dauernd in ärztlicher Behandlung. Am 1. 2. 1926 mußte ich zum Kreisarzt Dr. W. zur Nachuntersuchung; derselbe schrieb mich gesund. Mein Kassenzug Dr. R., bei dem ich die ganze Zeit in Behandlung war, wollte hiervon nichts wissen. Derselbe sagte: Sie sind nicht gesund und müssen wieder zum Krankenhaus. Der Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse O. weigerte sich aber, mir die vom Arzt ausgestellte Bescheinigung zu unterkempeln. Dr. R. wollte mich nun auf seine Verantwortung zum Krankenhaus schicken. Daraufhin mußte ich am 2. 2. nochmals zum Kreisarzt Dr. W., der dann auch bestätigte, daß ich im Krankenhaus aufgenommen wurde. Jetzt war ich bis zum 24. 2. dort und wurde zunächst auf Abdomen und dann auf Nerven behandelt.

Am 1. 3. mußte ich mich meinem Arzt stellen, derselbe sollte mich gesund schreiben und zwar für leichte Arbeit. (Von Beruf bin ich Kettenstreich.) Nach längerer Untersuchung erklärte mir dann der Arzt, er könne mich nicht gesund schreiben und teilte das auch der Krankenkasse in O. mit. Am 2. 3. mußte ich dann wieder zum Kreisarzt, der mich aber auch krank schrieb, und zwar wegen großer Herzschwäche.

Mein Arzt Dr. R. stellte dann einen Antrag auf Bewilligung einer Heilkur bei der Versicherungsanstalt in Münster. Ein paar Tage später mußte ich wieder zum Kreisarzt zur Untersuchung. Ich erhielt dann Nachricht von Münster, daß mir keine Kur bewilligt werden könne, da bei mir nach Befund des Herrn Dr. W. eine Krankheit nicht festzustellen sei.

In der Zwischenzeit hat die Krankenkasse mehrfach an Dr. R. das Ersuchen gestellt, mich gesund zu schreiben. Nach der Ablehnung meines Antrages betr. Kur mußte ich wieder vor den Kreisarzt, der mich dann auch gesund schrieb. Ich nahm die Arbeit auf. Nachdem ich einen vollen Tag gearbeitet hatte, mußte ich die Arbeit einstellen, da es mir nicht möglich war, dieselbe zu verrichten. Ich bat nun meinen Kassenzug Dr. R. mich an einen Spezialarzt zu überweisen oder doch wenigstens zuzufinieren, daß ich von einem anderen Arzt mal untersucht würde. Am 12. oder 13. 4. wurde ich dann auch wunschgemäß an Dr. P. in Herborn überwiesen. Derselbe erklärte mir, die Schmerzen rührten von den Nieren her. Ich mußte dann einige Tage später wieder zu Dr. P. kommen, wo er mir dann erklärte, ich kann Sie aber nicht krank schreiben, Sie sind vom Kreisarzt gesund geschrieben. Ich bat Dr. P., mich gesund zu schreiben, was aber auch abgelehnt wurde, da mein Kassenzug, der sich immer behandelt habe, das besser wissen müsse. Ich wußte jetzt nicht mehr,

was ich machen sollte, nahm meine Scheine, brachte sie zur Krankenkasse und meldete mich gesund. Mein Leiden besserte sich aber nicht. Ich ging deshalb am 4. 5. auf eigene Kosten zum Professor Dr. Baumgarten nach Jagen. Derselbe erklärte mir: Mit Ihren Nieren ist etwas nicht in Ordnung, aber Sie müssen einige Tage hier bleiben, um festzustellen, wie weit das Leiden schon geschritten ist. Auf eigene Kosten war mir dieses aber nicht möglich, so beantragte ich bei der Krankenkasse und beim Wohlfahrtsamt, mir die Kosten vorzutragen, was leider abgelehnt wurde.

Ich wurde dann nach Münster geschickt. In der Universitätsklinik wurde ich dann einige Tage zur Untersuchung belassen. Bei der Untersuchung durch den dort amtierenden Arzt Dr. Schmidt wurde mir dann gesagt, ich solle froh sein, daß ich dort gewesen sei, sonst hätte sich die Sache noch verschlimmern können.

Nach dem operativen Eingriff in der Klinik in Münster fühlte ich mich sofort bedeutend wohler und konnte auch nach einigen Tagen wieder nach Hause fahren. Auf Veranlassung des Herrn Dr. Sch. in Münster wurde mir dann auch, weil dringend notwendig, eine Kur bewilligt, um meine Gesundheit wieder vollständig herzustellen.

Wie aus vorstehendem zu ersehen ist, wird doch manchem kranken Kollegen das Leben sehr schwer gemacht. Ist dieses notwendig? Es wäre zu wünschen, wenn alle Beteiligten, Krankenkassenvorstände und Leiter, Kassennmitglieder und Ärzte alles tun wollten, um in Zukunft solche Vorkommnisse zu vermeiden. Auch sollten Kassenzüge weniger sogenannte Gefälligkeitsatteste schreiben, damit nicht von vornherein das Vertrauen zu den Vertrauensärzten schwindet. Sollte aber der Vertrauensarzt, auch wenn er beamtet ist, ein Fehlurteil abgeben, dann muß jeder andere Arzt den Mut haben, dem entgegen zu treten. Nur damit kann auf die Dauer das Verhältnis hergestellt werden, was heute im Interesse aller unbedingt notwendig ist.

Industrie und Tuberkulose

Von Dr. med. Max Grünwald, Dortmund.

Die Statistik der Tuberkulose ist im wesentlichen eine Sterblichkeitsstatistik, d. h. infolge der Unsicherheit in der Erkennung früher Stadien der Erkrankung ergibt meist nur die Zählung der Tuberkulose-Todesfälle ein einwandfreies Material. Etwa $\frac{1}{2}$ der Todesfälle an Lungentuberkulose fallen in das erwerbskräftige Alter von 15-60 Jahren. Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist fast dreimal so groß wie die an Scharlach, Masern, Typhus und Diphtherie zusammen. Sie beträgt fast ein Achtel der Gesamtsterblichkeit überhaupt. Der systematische Kampf gegen die Tuberkulose ist deshalb von größter sozialer Bedeutung. Die staatliche Selbsthaltung fordert die Beseitigung dieser Volkskrankheit.

Bei dem außerordentlichen Aufschwung, welchen Technik und Industrie in unserer Zeit genommen haben, ist es vor allen Dingen nötig, zu wissen, ob und welchen Einfluß diese industrielle Bewegung auf die Tuberkulose hat.

In einer englischen Statistik über die Sterblichkeit bei verschiedenen Berufsgruppen in den Jahren 1890 bis 1912 zeigen folgende Betätigungen eine Tuberkulose-Sterblichkeit, welche die Durchschnitts-Tuberkulose-Sterblichkeit aller berufstätigen Männer überschreitet: Bei Arbeit in stark beleigten Räumen: Schneider und Buchdrucker; bei mittelschwerer Arbeit: Sattler und Kunstschlifer; bei Arbeit im Eisen; Amalgamgehilfen und kaufmännische Angestellte; im Alkoholgewerbe: Kellner und Brauer; unter den Bergarbeitern diejenigen, welche in Zinngruben beschäftigt sind; bei der Arbeit in Dampfen: die Stofffärber, ferner Arbeiter in Baumwoll- und Seidenfabriken, die Seiler, Töpfer, Messerschmiede und unter den ungelerten Arbeitern die Hafnarbeiter und Gemüsehändler. Das Zahlenmaterial ergibt ferner ganz allgemein eine

Abnahme der Lungentuberkulose beim Steigen der Löhne

und ein Geringerwerden dieser Abnahme beim Lohnstillstand. Ein guter Geschäftsgang in der Industrie trägt also dazu bei, die Schwindlucht zu verhüten. Eine schlechte soziale Lage mit den durch sie bedingten Nachteilen muß, besonders in der Industrie, immer als schädlicher Faktor angesehen werden.

Will man den Einfluß der Industrie richtig bewerten, so ist es nötig, Männer und Frauen getrennt zu betrachten, denn der Anteil der weiblichen Bevölkerung an der Tuberkulose-Sterblichkeit ist wohl mehr unter häuslichem Einfluß entstanden, während der Anteil männlicher Bevölkerung den Einfluß häuslicher und industrieller Arbeit widerspiegelt. Bis zu 20 Jahren ist der weibliche Teil der Bevölkerung - und zwar ausgesprochen in ländlichen Bezirken - in höherem Maße an Tuberkulose erkrankt als der männliche. Unter den Männern nimmt die Schwindlucht erst später zu, und zwar wiederum besonders in ländlichen Bezirken. Diese in England, einem vorzugsweise industriellen Lande, gesammelte Erfahrung wird noch dahin ergänzt, daß die Schwindlucht allgemein zunimmt, wenn der Verkehr erleichtert, die Ernährungsweise geändert wird und der Alkoholgenuß gestiegen ist, während bei Besserung der Lebenshaltung die Krankheit zurückgeht. Unter den englischen und amerikanischen Buchdruckern hat das Aufhören der 36-Stundenschicht und der nicht dauernde Aufenthalt in den Maschinenräumen viel geleistet, um die Tuberkulose unter ihnen zum Rückgang zu bringen.

Es ist nun interessant, zu sehen, wie ein ausgesprochener Industriestaat zu einem Staat mit hauptsächlich landwirtschaftlich tätiger Bevölkerung bezüglich der Tuberkulose-Sterblichkeit sich verhält. In den Jahren 1906 bis 1910 starben nach einer Angabe von Dr. Wolff an Tuberkulose im Durchschnitt auf je 10 000 Einwohner 15,68 bis 20,21 in den Industrieländern England, Wales, Schottland und Belgien, während in den Ländern mit hauptsächlich landwirtschaftlich tätiger Bevölkerung in der gleichen Zeit und unter den gleichen Bedingungen die Tuberkulose-Sterblichkeit 27,31 bis 37,44 betrug. In Deutschland sind Sachsen und Preußen Länder mit vorzugsweise industrialisierter Bevölkerung, Württemberg und Bayern Länder mit hauptsächlich land- und forstwirtschaftl. Die Tuberkulose-Sterblichkeit betrug aber in den Jahren 1906 bis 1910 auf je 10 000 Einwohner in Sachsen und Preußen 15,5 resp. 16,1, in Württemberg und Bayern 18,0 resp. 24,5. Diese Statistiken zeigen, daß die Tuberkulose-Sterblichkeit unter der vorzugsweise landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung größer zu sein scheint als unter der hauptsächlich industrialisierten.

Entwicklung der Tuberkulosezahl.

Von Interesse ist ferner in diesem Zusammenhang nach zu verfolgen, wie die Tuberkulosezahl im Laufe der Jahre in den einzelnen

Verbandsgebiet

Aus der Berliner Metallindustrie

Der Verband Berliner Metallindustrieller veröffentlichte in Nr. 9 seiner Mitteilungen vom 1. September das Ergebnis einer Umfrage über den Beschäftigungsstand seit Januar d. J. Die hier veröffentlichten Zahlen sind für die Beurteilung der Arbeitsmarktlage von großem Interesse. Im Juni 1925 belief sich die Zahl der in den 410 zum Verband Berliner Metallindustriellen gehörenden Mitgliedsfirmen beschäftigten Arbeiter auf 214 226; im September 1925 waren 218 555 beschäftigt; im Dezember 1925 waren es noch 214 631. Soweit Angestellte in Frage kommen waren im Juni 1925 58 358 beschäftigt, im September 1925 war die Zahl der beschäftigten Angestellten auf 59 429 angestiegen; und im Dezember war sie wieder auf 58 729 gesunken. Wie sich in diesem Jahre die Beschäftigtenverhältnisse geändert hat, zeigt folgende Aufstellung:

	Arbeiter:	Angestellte:
2. 1. 26	183 086 = 100 Prozent	55 171 = 100 Prozent
1. 4. 26	158 474 = 86,5 „	52 298 = 94,8 „
1. 7. 26	157 111 = 80,4 „	50 801 = 92,1 „

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ging also von Januar bis Juni um 35 975 oder um 19,6 Prozent zurück. Die Zahl der beschäftigten Angestellten sank um 4370 oder 7,9 Prozent.

Der Bericht enthält dann auch noch eine Umrechnung, durch welche der Ausfall der Arbeiterzahl, die Kurzarbeit verrichten, erschlüsslich ist. Dieser Ausfall ist auf 48 Arbeitsstunden pro Arbeiter berechnet, und ergibt fol-

Staat sich geändert hat. In den vorzugsweise industriellen Gebieten von England und Wales sank in der Zeit von 1871 bis 1910 die Tuberkulose-Sterblichkeit, auf 10 000 der mittleren Bevölkerung berechnet, von 29,41 auf 15,68, während das landwirtschaftliche Irland eine fast gleichbleibende Tuberkulose-Sterbeziffer von 25,29 resp. 25,26 behalten hat. In Ungarn ist sogar von 1896 bis 1910 die Tuberkulose-Sterblichkeit von 32,77 auf 37,44 gestiegen. Preußen - mit hauptsächlich industrialisierter Bevölkerung - zeigt in den Jahren 1876 bis 1910 einen Rückgang der Tuberkulose-Sterblichkeit auf fast die Hälfte. In England hat die Abwärtsbewegung der Tuberkulose-Sterblichkeit bereits vor Entdeckung des Kochschen Tuberkelbazillus (1880) begonnen. Das ist ein Beweis dafür, daß nicht allein die auf Grund der Kochschen Entdeckung begründete moderne Bekämpfung der Tuberkulose (Heilstättenbewegung, Tuberkulin) zur Beseitigung der Tuberkulose ausschlaggebend ist. Die organisierte, fortgeschrittene Arbeiterschaft Englands und anderer Gebiete mit vorzugsweise industrialisierter Bevölkerung sorgt für Besserung der Lebenshaltung und drängt so die Tuberkulose zurück. Unter annähernd gleichen Lebensbedingungen, guten wie schlechten, hat zwar der in der Landwirtschaft Erwerbstätige vor dem Industriearbeiter stets den Vorteil der Beschäftigung in frischer Luft. Jedoch sind die Arbeitslöhne auf dem Lande meist gering, die hygienischen Bedürfnisse besonders bezüglich der Wohnung, primitiv, die Arbeitszeit lang, so daß die Landbevölkerung durchaus nicht gut gestellt ist, obwohl sie in frischer, freier Luft lebt. Die industrialisierte Bevölkerung dagegen verdient mehr, lebt zwar unter ungünstigeren Bedingungen, hat aber die Möglichkeit, durch Mittel der modernen Technik und Hygiene die Ungunst der Verhältnisse auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die Wichtigkeit der sozialen Lage

einer Bevölkerungsdicht bezüglich der Widerstandskraft gegen die Tuberkulose ist auch in interessanter Weise in der Arbeit des anerkannten Gewerbehygienikers K. B. Lehmann, Würzburg, festgehalten worden, in welcher an Hand der Erkrankungsstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse die Staubeinwirkung auf Tuberkulose untersucht wird bei Arbeitern in geschlossenen Räumen mit und ohne Staub. Zu den Angehörigen der Gruppe ohne Staub sind in diesem Fall die Musiker, Sänger und Schauspieler gezählt worden, soweit sie der Versicherungspflicht unterliegen. Die Erkrankungsanfälligkeit an Tuberkulose ist bei den Arbeitern ohne Staub dreimal so groß gewesen wie bei den Staubarbeitern. Dieses Ergebnis ist deshalb von Interesse, weil bekanntlich Musiker, Sänger und Schauspieler häufig in wirtschaftlicher und sanitärer Beziehung unter ungünstigeren Verhältnissen leben als die organisierten Industriearbeiter. Lehmann folgert deshalb mit Recht: „Weit wichtiger als mäßige Staubmenge ist schlechte Ernährung, Wohnung, Konstitution und Infektionsanfälligkeit.“

Aus unseren Betrachtungen folgt also: Die Industrialisierung bringt eine Verunreinigung der Luft, sie verändert die Lebensgewohnheiten und ballt große Bevölkerungsmassen an einer Stelle zusammen; diese Nachteile werden aber verdrängt durch Vorteile der modernen Hygiene und Technik, vor allen Dingen aber durch wirtschaftliche Hebung infolge des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Industriearbeiter; dazu kommt noch, daß der Vorzug der Industrialisierung nicht ohne günstigen Einfluß auf den Wohlstand der Landes, auf die Lebensführung der Bevölkerung, auf gesetgeberische Maßnahmen und die Erziehung bleibt. Eine Folge all dieser Faktoren ist auch der bei Beginn zunehmender Industrialisierung eingetretene Rückgang bei der Allgemeinsterblichkeit; hieran ist die Tuberkulose stark beteiligt.

Der Industriestaat hat eben in der Bekämpfung der Tuberkulose größere Fortschritte gemacht als der Agrarstaat.

Die hohe soziale Bedeutung, welche dem systematischen Kampf gegen diese Volkskrankheit zukommt, macht es für den Industriestaat unbedingt notwendig, nie das Ziel wirtschaftlicher und sanitärer Hebung der Gesamtbevölkerung aus dem Auge zu verlieren: Die hygienische Volksaufklärung von früh an zu heben, die ärztlich besinnte Berufswahl zu fördern und die Lebensführung außerhalb der Arbeit günstig zu gestalten, d. h., besondere Aufmerksamkeit zu schenken der Wohnung und Wohnungsaufnahme, dem Freizeitleben (Gartenbau, Selbsterziehung, Wanderung), der Ernährung, der Vermeidung der Genussgüste und regelmäßiger Körperpflege.

gendes Bild: Vom 4. bis 10. Januar 1926 fiel dadurch die Arbeitseistung von 8735 vollbeschäftigter Arbeiterkräfte aus.

Table with 3 columns: Date, Number of workers, and Total hours worked. Rows include dates from February 1st to August 14th.

Die Zahl der auf Kurzarbeit gestellten Arbeiter ist demnach von Januar bis März auf etwa 20 Prozent angestiegen. Von da bis zum 14. August von 10 705 auf 6 161, also um etwa 43 Prozent zurückgegangen.

Von Interesse sind auch die Zahlen der arbeitslosen Facharbeiter, die bei den Facharbeiterschweifen für Metallindustrie beim Landesarbeitsamt Berlin, eingetragen waren.

Table with 3 columns: Date, Number of workers, and Total hours worked. Rows include dates from January 21st to August 4th.

Mit der steigenden Zahl der arbeitslosen Facharbeiter ging parallel auch ein wachsender Druck auf die Metallarbeiterlöhne, der sich besonders für die gelerntsten Berufe ungünstig auswirkte.

Angeht die große Arbeitslosigkeit für Facharbeiter in der Berliner Metallindustrie werden den Handwerker sehr Löhne geboten, die noch unter den Sätzen der Gruppe 4 der Hilfsarbeiter liegen.

Daran, daß die Dinge sich lohnpolitisch für die Handwerker so ungünstig entwickeln konnten, trägt die Leitung der Berliner Ortsverwaltung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes ein gerütteltes Maß von Schuld.

Bremen. Werftarbeiter an der Wasserfront, aufgepackt! Bekanntlich liegt die deutsche Schiffbauindustrie schwer darnieder.

Da die Lage der deutschen Werften infolge der Auslandskonkurrenz und des Abflusses an Schiffstonaue in den übrigen Ländern sich immer schwieriger gestaltet, so versuchen die Unternehmer eine neue Rettungsaktion aus ihrer Beschränkung zu führen.

Wenn man das so liest, könnte man es beinahe für einen schlechten Scherz halten. Aber es ist blühender Ernst. Am 7. September 1926 fanden aus Anlaß des auf den 30. 9. 1926 fälligen Werkvertrags in Hamburg Verhandlungen statt zwischen der Tarifpartei.

Die Forderungen der Arbeiter bewegten sich nach den Beschlüssen der am 17. 8. stattgefundenen Werftarbeiterkonferenz in Hamburg (auf der leider nur die sozialistisch organisierten Werftarbeiter bestanden und unter sich sind) auf Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit, Erhöhung der Grundlöhne im Durchschnitt um 15-20 Prozent.

Bei föhlichen Forderungen ist leider ein Kampf viel wahrscheinlicher als die Hoffnung einer Verständigung auf mittlerer Linie.

Es muß sich nunmehr erweisen, ob die Werftarbeiter aus dem mehr als 14wöchigen Kampfe des Jahres 1924 etwas gelernt haben.

Es liegt! Inzwischen sind die Wirtschaftsverhältnisse zweifellos nicht besser geworden. Beachtet allen Ernstes das eine: Ohne eine reifliche gewerkschaftlich organisierte Werftarbeiterfront wird das — was die Werftarbeiter

wollen — nicht zu verhindern sein. Also Kollegen, aufgewacht und den letzten Unorganisierten für unseren Verband herangezogen, ehe es zu spät ist.

Das gilt aber nicht nur für die Kollegen der privaten Werftbetriebe, sondern im gleichen Maße für die Marinewerftbetriebe Wilhelmshavens und Kiel.

Die Kollegen sind hierdurch gewarnt. Gerade in Wilhelmshaven tummeln sich alle möglichen sogenannten vaterländischen Vereinen herum, die im Ernstfälle höchstens einen Wirtschaftskampf zum Scheitern aber nicht zum Erfolg für die Arbeiter bringen können.

Literatur

„Ford-Betriebe und Ford-Methoden“

Unter der großen Flut von Büchern und Schriften über das wirtschaftlich-soziale Amerika, welche uns der deutsche Büchermarkt spendet, ragt angenehm durch klare Darstellung, prägnante Gliederung des Stoffes, Kürze und Sachlichkeit die Schrift des Prof. Dr. Nieppel von der Technischen Hochschule in München hervor.

Auf Drängen unserer Gewerkschaften und der ihnen nahestehenden Vertreter in den Parlamenten ist — wie schon mitgeteilt wurde — die Reichsregierung i. Zt. daran, die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse der Wertspensionsklassen klarzustellen.

MPK. sind das Produkt geschäftstüchtiger Arbeitgeber zum Zwecke der Erhaltung einer billigen, willigen und fleißigen Belegschaft.

Man hat diese Einrichtung den Vorwurf gemacht, daß sie den Arbeiter zu sehr an die betreffende Arbeitsstelle binde, weil er bei seinem Abgange die erworbenen Anrechte verliere.

Auch die „Arbeitszeitspendung“ vom 9. 10. 1904 schrieb in einem Artikel über „Arbeiterwohlfahrtsanstalten“, was für den Zweck und die Tragung der Kosten von MPK. von ausschlaggebendem Belang ist.

In allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrtsanstalten gerade durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt ist.

Weiter schrieb dieses Organ: Solche Einrichtungen tragen keinen karitativen Charakter, sie seien mehr sozialpolitischer Art und fahrt dann fort:

„Außerdem unterscheiden sie sich von den Werken der freien Wohltätigkeit dadurch, daß zwischen Gebern und Empfängern, d. h. also zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, eine Geschäftsverhältnis, also der Lohnvertrag, besteht, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrtsanstalten auf den Empfänger selbst abzumwälzen, indem er sie ihm vom Arbeitslohn abzieht.“

In unserer Zeit wird von Unternehmerseite noch beäuflicher ausgesprochen, daß alle karitativen und sozialen Werkeinstellungen nur bewußte geschäftliche oder wirtschaftliche seien.

Die Vorteile, die solche Unternehmungen durch MPK. erzielen, bestanden zunächst in der dadurch erzielten Fesselung der Arbeiter an den Betrieb.

Der soziale Gehalt von MPK. ist Mittel zum Zweck.

Um das Arbeiterinteresse durch solche Mittel fördern zu können, mußten dieselben einen sozialen Inhalt bekommen, hiezu es mußte auf eingeforderte Leistungen und Verpflichtungen eine Gegenleistung aber ein Anrecht in Aussicht gestellt und gewährt werden.

Praxis gestützten und verklärten Urteil über die amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse muß darum eine erhöhte Bedeutung beigemessen werden.

Prof. Nieppel unterstützt seine Ausführungen über amerikanische Technik durch 60 photographische Aufnahmen, die Bild für Bild näher und übersichtlich erläutert werden.

Arbeiter und Handarbeit. Lohn und Lebenshaltung. Wohlfahrtsanstalten. Dienstleistung am Kunden und der Allgemeinheit. Ford und das Kapital. Deutschland und der Fordismus.

Gegenüber der Schrift des Arbeitgeberführers Dr. Köttgen stellt Dr. Nieppel fest, daß der Reallohn des amerikanischen Arbeiters den des deutschen um das 3fache übersteige (Dr. Köttgen meint das 1,8fache). An den wirtlichen deutschen Verhältnissen mißt er der Arbeitgeberseite die Hauptschuld bei, die keine praktische und rationale Betriebs- und Wirtschaftsführung kenne, kein Verständnis für die Arbeiterbehandlung habe.

Bekanntmachung

Samstag, den 26. September ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Was wird aus den Wertspensionsklassen?

Die Gesamtheit der Arbeiter trägt die Kosten. Der MPK. bzw. sie sind die Leidtragenden dabei gewesen. Unternehmer, die Arbeitnehmer wollten und es ihnen vererbten, wenn sie für ihren ureigenen und gemeinsamen Nutzen Gewerkschaftsbeiträge zahlten, trugen keine Bedenken, für ihre eigenen Zwecke wohl Arbeitnehmergelder durch Beiträge zur MPK. anzunehmen und eigenmächtig darüber zu verfügen.

Welche Beiträge die Arbeitnehmer zahlten

und welches Unrecht bei MPK. vorlag, sei aus einigen Beispielen gezeigt. Nach einer einschlägigen Eingabe unseres christlichen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1909 an Bundesrat und Reichstag mußten die Arbeiter in die MPK. ein Eintrittsgeld bezahlen, je in der Höhe bis zum dreifachen Schichtlohn oder bis zu 200 Mark, die allmählich am Lohn abgezogen wurden.

Rechtslage und Klageweg.

Die Gewerkschaften bemühten sich nicht nur um durch die Gesetzgebung dagegen vorzugehen, sondern sie klagten auch die Ansprüche bzw. die Rückzahlung der Beiträge bis zum Reichsgericht ein.

„Sollte eine Kündigung im Einzelfalle in ihrer Weiterentwicklung auf das Versicherungsverhältnis den Zustand des Par. 826 des BGB. erfüllen, so könnte wohl, wie auch das Berufungsurteil andeutet, eine Schadenersatzklage gegen die beklagte Firma begründet sein.“

Dieser Par. 826 des BGB. sagt: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorläufig Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“

Der Gesetzgeber hat nur einmal auf dem Verordnungswege die Rückzahlung der Beiträge zu MPK. an jene verlangt, die während des Krieges in diesen Betrieben zur Arbeit verpflichtet wurden.